



Kindersoldaten an Straßensperre in Liberia: Durch Hanf und Chamäleongift in mitleidlose Mordmaschinen verwandelt

PEWEE FLOMOKU / AP

AFRIKA

# Die Vierte Welt

Europäer und Amerikaner engagieren sich neuerdings wieder auf dem von Bürgerkriegen zerrütteten, von korrupten Eliten ausgeplünderten, von Hunger, Naturkatastrophen und Aids heimgesuchten Kontinent. Ist Afrika doch noch nicht verloren?

Ray Blandell weiß nicht so genau, was er von dem Schauspiel halten soll. Tapfer steht der texanische Baptist bereits seit zwei Stunden in Ugandas gleißender Sonne und wartet auf der abgesperrten Rollbahn von Entebbes Flughafen auf seinen Präsidenten. Direkt vor seiner Nase vollführen die Tänzerinnen der Gruppe „The Planet“ Fruchtbarkeitstänze und lassen Becken und Busen kreisen, während notorisch gut gelaunte Freiwillige der US-Botschaft Stars-and-Stripes-Fähnchen verteilen.

„Unser Präsident ist ein ernsthafter Mensch“, mokiert sich der Texaner angesichts der frivolen Darbietung. Ein Typ mit Cowboyhut nickt zustimmend und wendet

sich ostentativ einer Blaskapelle der ugandischen Armee zu, die mit Pomp aufmarschiert, dicht gefolgt von einer Truppe im Stechschritt paradierender Buschkämpfer, die grünen Drillich tragen.

Eine seltsame Versammlung wartet da auf die „Air Force One“: mit gelben Röckchen spärlich bekleidete Tänzerinnen, rund hundert Amerikaner, überwiegend Missionare, die ein Transparent „Wir beten für Präsident Bush“ in die CNN-Kamera recken. Dazu die martialischen Soldaten.

Was der oberste Amerikaner hier bloß wollte, hatte Ugandas Tageszeitung „The Monitor“ am Morgen vor Bushs Ankunft gefragt und die Antwort gleich mitgeliefert: „Diese Fünf-Tage-fünf-Nationen-Tour

ist überwiegend ein PR-Unternehmen“, Bush gehe es nach dem Irak-Einsatz ums Image. Nie zuvor habe er sich für die Belange Afrikas interessiert, wettete das Blatt.

Ein herzlicher Empfang klingt anders.

Daran ändert auch das verhaltene Gejohle und Getriller nichts, als am Freitagnachmittag um 13.51 Uhr Ortszeit George W. Bush auf der Gangway seiner Maschine steht und in den blauen ostafrikanischen Himmel winkt. Eine knappe Viertelstunde nehmen sich Bush und der ugandische Präsident Yoweri Museveni für die jubelnde Schar. Nachdem die Hymnen verklungen sind und der prüde Amerikaner ungelenkt mit dem linken Fuß wippend der Tanzdar-

bietung gefolgt ist, verschwinden beide in einer schwarzen Limousine.

Sie fährt zuerst durch eine potemkinische Kulisse: Wilde Bananenfelder sind gemäht und Wellblechhütten abgerissen worden, um Bush ungewohnte Anblicke zu ersparen. Dann ziehen sich die Politiker ins Hotel „Imperial Botanical Beach“, direkt am Victoria-See, zurück.

Der Präsident der USA macht einem durchaus umstrittenen Dritte-Welt-Führer seine Aufwartung: Immer wieder werden Oppositionelle in Uganda drangsaliert, willkürliche Verhaftungen gehören im angeblichen afrikanischen Musterstaat zum Alltag. Die Verfassung missachtend, denkt Museveni noch an eine dritte Amtszeit. Und dass sein Land Milizen finanziert und damit zu den Kriegstreibern im Kongo zählt, ist ein offenes Geheimnis.

Richtig ernst nimmt Museveni eigenen Angaben zufolge jedoch den Anti-Terror-Kampf. Und er hat auch den Krieg der USA gegen den Irak unterstützt. Damit steht er ziemlich allein in Afrika – aber dafür umso höher in der Washingtoner Gunst.

„Afrika mag wichtig sein, aber es passt nicht in unsere nationalen strategischen Interessen“, hatte Bush noch vor zweieinhalb Jahren im Wahlkampf gesagt. Nun hatten Condoleezza Rice und Colin Powell ihn zur Reise durch fünf eher krisenarme, aus US-Sicht vorbildliche oder, wie Nigeria, strategisch bedeutsame Staaten ani-



JASON REED / REUTERS / ELANCE MEDIA

**US-Präsident Bush im Senegal: „Afrika liegt uns am Herzen“**

- ▶ im Rahmen des Anti-Terror-Kriegs ein Netz von Militärstützpunkten knüpfen, die nur bei Bedarf genutzt werden und ein „zweites Afghanistan“ verhindern sollen;
- ▶ sich im Gegenzug stärker bei der Aids-Bekämpfung engagieren;
- ▶ mit all diesen Initiativen die farbige Wählerschaft daheim ansprechen – jeder 8. US-Bürger ist schwarz, und nur jeder 13. schwarze amerikanische Wähler votierte vor zweieinhalb Jahren für Bush.

Als erster republikanischer Präsident überhaupt bereiste er Afrika. Vor ihm hatten lediglich die beiden Demokraten Jim-

einmarchiert. Sie forderten den Rücktritt von Despot Charles Taylor, der das „schlimmste Land der Welt“ („Economist“) regiert und schätzungsweise drei Milliarden Dollar aus seinem kleinen Staat herausgepresst hat, insbesondere durch den Verkauf von „Blut“-Diamanten.

Aus ihrem 72-Stunden-Ultimatum wurde zunächst ein Waffenstillstand, dann schlugen Granaten auf dem Gelände der US-Botschaft ein, wobei mindestens ein Dutzend Liberianer, die dort Schutz gesucht hatten, starben. Erst Bushs nahe Angehörige wirkte Wunder: Plötzlich bot Nigeria Taylor Asyl an, der wiederum erklärte sich dazu prinzipiell bereit. Die



JORG MODROW / LATIF



REUTERS / ELANCE MEDIA

**Aids-Tote in kenianischem Leichenschauhaus, mosambikanische Flüchtlingskinder: Elendsghetto ohne Ausweg**

miert. Prompt wechselte Bush die Tonart: „Afrika liegt uns am Herzen, weil wir es als unsere moralische Pflicht betrachten, Hoffnung in Gegenden zu bringen, wo Verzweiflung herrscht.“

Wie üblich geht es allerdings um ganz pragmatische Interessen. Die US-Regierung will

- ▶ mittelfristig 25 Prozent ihres Erdöls aus Afrika beziehen, derzeit sind es noch 16 Prozent;
- ▶ Märkte öffnen für amerikanisches Gen-Food, gegen das sich zum Beispiel die Europäer sperren;

my Carter 1978 und Bill Clinton 1998 den Kontinent eines Besuchs gewürdigt.

Und auch wenn in Südafrika Zehntausende auf den Straßen lautstark protestierten, auch wenn der Irak-Krieger Bush etwa im Senegal als „Schlächter“ beschimpft wurde und Kenia beleidigt reagierte, weil es nicht auf der Agenda stand, so bewirkte seine Reise dennoch einen Ruck.

Seit Wochen herrschte zum Beispiel im 1822 von freigelassenen US-Sklaven gegründeten Liberia das nackte Chaos. Rebellen waren in die Hauptstadt Monrovia

westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas beschloss außerdem, Friedenstruppen nach Liberia in Marsch zu setzen. Ein handlungsfähiger Nachfolger für den 55-jährigen Tyrannen ist allerdings nicht in Sicht.

In der Elfenbeinküste kam es nach zehn Monaten Bürgerkrieg zu einem Friedensschluss. 4000 Franzosen sollen dort ab Anfang August die Rebellen der „Forces nouvelles“ entwaffnen. Im notorisch unsicheren Somalia einigte man sich vorletztes Wochenende auf die Bildung einer Übergangsregierung nach zwölf Jahren ohne

**Reicher Boden, arme Menschen**

Volkseinkommen und Bodenschätze in Afrika

Staatsgewalt; der letzte Anlauf 2000 scheiterte praktisch.

Auch in Bunia, Hauptstadt der kongole-sischen Bürgerkriegsregion Ituri, herrscht mittlerweile gespannte Ruhe, seit dort die europäische Militäroperation „Artemis“ eine rund hundert Quadratkilometer große Zone befriedet hat. Im Hinterland jedoch, sagt der französische Chef der Uno-Mission Daniel Vollot, gehe es weiterhin zu wie in einem „Irrenhaus“ – voller „Bestien“, die „zu jeder Grausamkeit bereit sind“.

Denn 43 Jahre nach der Unabhängigkeit des Kongo kann von einem intakten Staat noch immer nicht die Rede sein. Die östlichen Provinzen lassen sich von Kinshasa aus nur mit dem Flugzeug erreichen. Genauso marode wie die Infrastruktur ist die politische Ordnung in der rohstoffreichen Region. De facto ist das frühere Zaire geteilt.

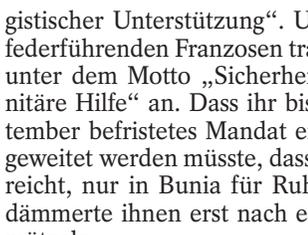
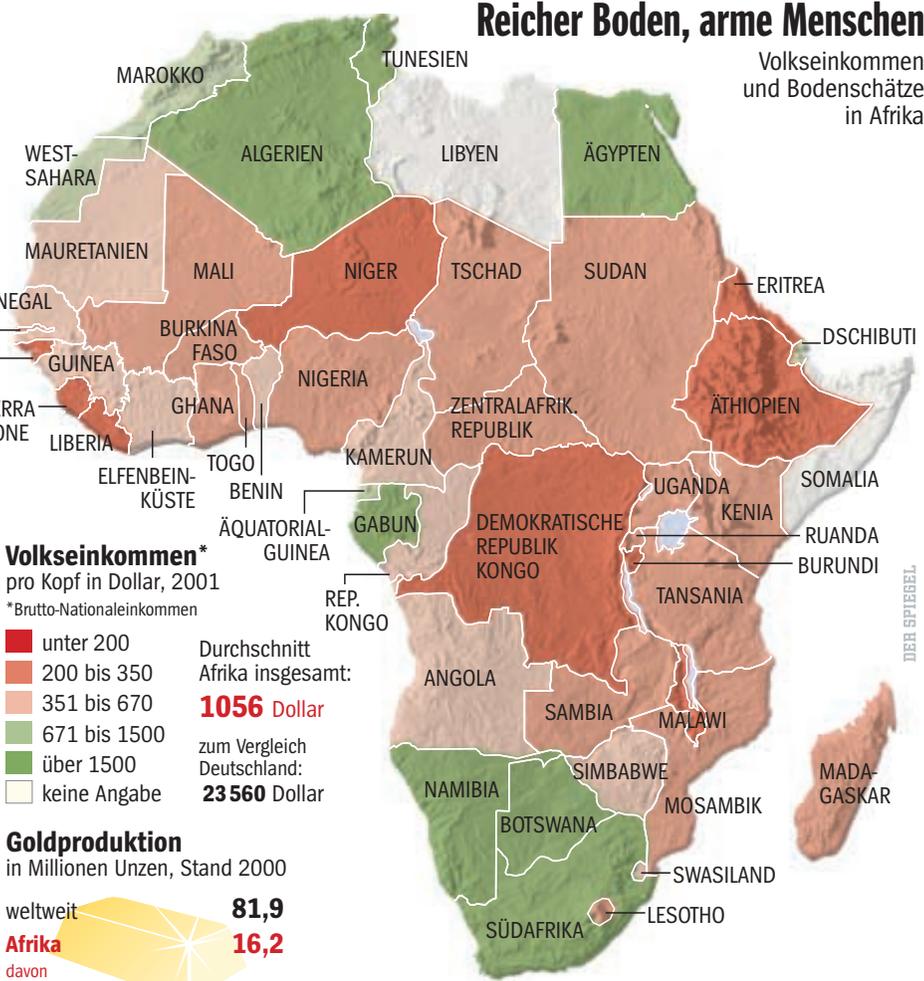
Bis zu 4,7 Millionen Menschen starben in dem Vielvölkerstaat bisher an den Folgen dieses Krieges. Zeitweilig waren mindestens acht Nationen eingebunden, darunter Angola und Simbabwe. Ruanda und Uganda unterstützen die verfeindeten Hema und Lendu. Warlords schüren zusätzlich Zwietracht unter den Ethnien. Und alle haben dabei die Naturschätze fest im Visier. Denn um deren Kontrolle geht es, wie in praktisch allen afrikanischen Konflikten.

Zigtausende Afrikaner sind deshalb schon von Kindersoldaten massakriert worden, die ein aufputschender Sud aus Hanf und Schlangen- oder Chamäleongift in mitleidlose Mordmaschinen verwandelt – nicht nur im Kongo, sondern auch im benachbarten Sudan, in Liberia oder ehemals in Sierra Leone. Die Mehrheit der Kriegsoffer allerdings, vertrieben von ihren Parzellen, auf denen sie Subsistenzwirtschaft betrieben, verhungerte oder starb an Krankheiten, die zu Friedenszeiten womöglich hätten kuriert werden können.

Allein der Kongo verzeichnet seit 1998 die größte Zahl von Toten seit dem Zweiten Weltkrieg während eines einzelnen Konflikts. Dennoch blieb der Westen lange Zeit seltsam unbeteiligt. Während die Terroranschläge vom 11. September 2001 mit offiziell 2823 Toten zu einem radikalen weltpolitischen Kurswechsel und zu zwei teuren Hightech-Kriegen führten, blieb Afrika marginalisiert.

„Sehr begrenzt“ wünschte Bundeskanzler Gerhard Schröder eine deutsche Teilhabe an der europäischen Operation „Artemis“. Ein „Medevac“-Airbus, eine Art fliegendes Krankenhaus, ein paar Transall-Transportmaschinen, zwei Offiziere zur Einsatzleitung nach Paris – eher symbolisch ist der Berliner Beitrag. Maximal 350 Soldaten sollen Dienst in der Etappe tun, vom sicheren Uganda aus.

Auch die Belgier, die ehemaligen Kolonialherren, sprechen am liebsten von „lo-



gistischer Unterstützung“. Und selbst die federführenden Franzosen traten zunächst unter dem Motto „Sicherheit und humanitäre Hilfe“ an. Dass ihr bis zum 1. September befristetes Mandat eigentlich ausgeweitet werden müsste, dass es nicht ausreicht, nur in Bunia für Ruhe zu sorgen, dämmerte ihnen erst nach einigen Scharmützeln.

Ein Nachrücken ins Hinterland, wo weiter hemmungslos gemordet wird, scheuen die Europäer jedoch. Das Fernsehen könnte ja hautnah zeigen, wie hochgerüstete Truppen aus der Ersten Welt auf Kinder unter Waffen schießen. Schnell würde dann daheim die Unterstützung für ein militärisches Unternehmen schwinden, das die EU aus geostrategischen Gründen einght.

Das alte Europa will sich neben der Supermacht Amerika als Global Player profilieren, aber es will sich nicht auf ein kostspieliges, unberechenbares Abenteuer

einlassen. Auch die USA scheinen allenfalls geneigt, 500 Mann nach Liberia zu entsenden. Selbst das ist noch nicht festgeklopft; zuletzt war nur von Militärberatern die Rede. Außenminister Colin Powell sprach von „sehr begrenztem“ Einsatz. Einen einzigen Stützpunkt unterhalten die Amerikaner derzeit auf dem Kontinent: Seit über einem Jahr stehen knapp 2000 Mann in Dschibuti.

Bushs Polit-Safari kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Westmächte an diesen Erdteil von jeher etwas andere Maßstäbe anlegen. Schon immer prägte ein Gefühl ihre Betrachtung: Früher war es der abschätzende Blick der Eroberer, der Ausbeuter, der Kolonialisten. Heute ist es die kühle Perspektive hoch industrialisierter Nationen, die einen kolossalen Fall von kontinentaler Fehlentwicklung zur Kenntnis nehmen.

Ist Afrika also eigentlich schon aufgegeben? Gilt dieses von Hollywood und He-

mingway und Tanja Blixen romantisierte Urland als eine hoffnungslose Vierte Welt, die nur noch funktionieren muss als Rohstoffquelle?

Ist Leid die schicksalhafte Bestimmung eines ganzen Kontinents? Womöglich, weil Afrikaner nicht im Stande sind, sich selbst zu helfen, geschweige westliche Erfolgsmuster nachzuahmen?

Die einmalige Vielfalt von Völkern und Stämmen hat zweifellos die Entwicklung behindert. In Schwarzafrika werden viele hundert Sprachen und Dialekte gesprochen. Seine Bewohner konnten sich deshalb kaum zu Großreichen zusammenschließen.

Die extremen Klimaverhältnisse – Regenzeiten mit sintflutartigen Niederschlägen und lange Dürreperioden – sowie tödliche Infektionskrankheiten im Tropengürtel waren keine gute Basis für die Entwicklung von Hochkulturen. Überleben bedeutete alles. Weitgehend abgekoppelt von der Welt, wagten sich die Afrikaner zudem nicht hinaus auf die Ozeane.

In diese Isolation brachen im Zeitalter der Entdeckungen die Weißen ein und verschleppten zwischen 1500 und 1870 mindestens 25 Millionen „Eingeborene“ als Sklaven. Die Europäer teilten Afrika ohne Rücksicht auf Volks- und Stammesgrenzen untereinander auf und sorgten damit für künftigen Zündstoff. Der britische Premierminister Tony Blair nennt die Region südlich der Sahara deshalb

schungen. Denn von Souveränität kann kaum die Rede sein.

Zahlreiche afrikanische Nationen gelten als „failed states“. Sie funktionieren nicht. Ämter und Einfluss werden nicht nach sachbezogenen Normen verteilt und erworben. Eine klare Scheidung zwischen öffentlichem und privatem Interesse ist eine Seltenheit.

Kaum irgendwo existiert ein homogenes Volk, das einen staatstragenden Patriotismus entwickeln könnte. Funktionsfähige, starke Nationalökonomien sind auch nicht entstanden, Volkswirtschaften mit einem Produktions- und einem Dienstleistungs-

### Die eigene Familie, die eigene Sippe wird üppig versorgt. Andere haben das Nachsehen.

sektor als solide Basis für einen aus eigener Kraft sich mehrenden Wohlstand.

Stattdessen halten sich die afrikanischen Führer mit Vetternwirtschaft, Bestechung und privater Bereicherung an der Macht. Die eigene Familie, die eigene Sippe wird üppig versorgt, und diese Pfründen stammen in aller Regel aus dem Rohstoffabbau. Andere Gruppierungen haben das Nachsehen.

Weil aber Wahlen, wo sie denn abgehalten werden, nicht selten zur Farce geraten, sehen Oppositionelle den Staatsstreich als einziges Mittel, um die Oligarchen abzulösen. Klappt solch ein Umsturz,

sen. Man sprach hochgestimmt vom „afrikanischen Jahrzehnt“ und träumte von einem „Kontinent der Zukunft“, von Fortschritt durch Modernisierung. „Entwicklungshilfe“ sollte sicherstellen, dass die ehemaligen Kolonien bald einen Lebensstandard wie die Industriestaaten erreichen.

Rasch stellte sich heraus, dass die westlichen Regierungsmodelle nicht funktionierten. Deshalb führten die meisten Länder nach einigen Jahren Ein-Parteien-Systeme ein, meist gegen den wütenden Protest der Opposition.

Die Bürger erwarteten bessere Häuser, Schulen, Hospitäler und Arbeit für alle. Aber von der Unabhängigkeit profitierten nur wenige. Anstelle von Weißen sahen sich die Afrikaner nun von schwarzen Landsleuten ausgebeutet. So jubelten die Massen Soldaten zu, die in etlichen Staaten unter Berufung auf die enttäuschte Bevölkerung putschten – schon in den sechziger Jahren in 14 Ländern.

Bis zur Jahrtausendwende jagten Militärs weit über 70 Regierungen aus dem Amt. Stets konnten die Obristen das Leben der Leute so wenig verbessern wie die Zivilregierungen. Und entgegen ihrem Versprechen, bald wieder in die Kasernen zurückzukehren, klammerten sich die Soldaten an die Macht, denn nur sie garantierte eine Teilhabe an den Staatseinkünften. Feldwebeltypen wie Idi Amin oder Jean Bédel Bokassa, die noch in den Kolonialarmeen gedient hatten, zeich-



Liberias Präsident Taylor (mit Hut), Simbawes Staatschef Mugabe: „Eine Psychotherapie ist dringend nötig“

„eine Narbe auf dem Gewissen der Menschheit“.

Kein Völkerrecht, kein Bürgerrecht gilt hier verlässlich, weder in Mauretanien, wo erst Anfang Juni ein Putsch vereitelt wurde, noch in Simbabwe, wo die Opposition seit Monaten gegen Robert Mugabes herrisches Regime aufbegehrt. Bei passender Gelegenheit werden jegliche Anstandsregeln unter souveränen Staaten missachtet, und es kommt zu gewaltsamen Einmi-

haben sie nichts Eiligeres zu tun, als eigene Seilschaften in die Schlüsselpositionen von Wirtschaft und Verwaltung zu hieven.

Der Kreislauf geht weiter: Die nächste Elite bereichert sich, die Verlierer sinnen auf Rache, große Teile der Bevölkerung leben weiter auf dürtigstem Niveau oder hungern, je nach Ernte.

Nicht weniger als 32 Länder wurden zwischen 1956 und 1965 auf dem Schwarzen Kontinent in die Unabhängigkeit entlas-

neten sich durch besondere Grausamkeit aus.

In den siebziger Jahren wurde Afrika Schauplatz von Stellvertreterkriegen. Die UdSSR half der linken Regierung in Angola mit Waffenlieferungen und Militärberatern. Castros Kuba schickte ihr 50 000 Soldaten. Dagegen rüsteten die USA den Rebellenchef Jonas Savimbi auf, der mit Hilfe von Spezialeinheiten aus dem rassistischen Südafrika das Regime in Luanda



ERIC FEEBERG / AFP

**Goldmine in der kongolesischen Region Ituri:** *Ist Leid die schicksalhafte Bestimmung eines ganzen Kontinents?*

stürzen wollte. Der Krieg kostete 500 000 Menschenleben. Über vier Millionen Angolaner wurden vertrieben.

„Wenn Elefanten kämpfen, leidet das Gras“, klagten die einfachen Leute. Vielen Regimen sicherte der Ost-West-Konflikt allerdings ihre Existenz. Sie überlebten mit Militär- und Entwicklungshilfe, entweder von den Kapitalisten oder von den Kommunisten.

Inspiziert vom Aufbruch in Mittel- und Osteuropa Ende der achtziger Jahre, erfasste eine mächtige Demokratie-Bewegung Afrika. In mehreren Staaten konnten die Bürger langjährige Herrscher abwählen. Doch die neuen Politiker an der Spitze verloren bald an Ansehen, denn in den heruntergewirtschafteten Ländern gab es nichts zu verteilen. Im Gegenteil: Die gewählten Regierungen mussten Lohnkosten senken und Arbeitsplätze streichen, um aus Verlusten und Defiziten herauszukommen.

Heute ist die Lage für die meisten Staatshäupter miserabel. Viel weniger Geld fließt aus der industrialisierten Welt. Botschaften wurden geschlossen, Experten abgezogen. Die aus der Kolonialzeit hinterlassenen oder in den Aufbruchjahren gebauten Straßen, Hafenanlagen, Schulen und Krankenhäuser verfallen.

Unter solchen Bedingungen brechen Staaten und Volkswirtschaften zusammen, erst recht, wenn sie so schwach sind wie in Afrika, und es kommt zu verschärften Verteilungskämpfen. „Einkommen entstehen hier nicht aus Arbeit oder unternehmerischen Aktivitäten, sondern aus der politischen Kontrolle über einkommensträchtige Ressourcen“, erläutert der Entwicklungssoziologe Ulrich Menzel.

Das System funktioniert so: Warlords ersetzen das staatliche Gewaltmonopol. Ihre Banden sichern die Ausbeutung von Rohstoffen. Einheimische Arbeitskräfte fördern unter primitivsten Bedingungen Gold, Kupfer, Edelsteine und Coltan oder schlagen Tropenhölzer. Zwielfichtige, international agierende Geschäftsleute vermarkten die Ware. Soziale Aufgaben überlassen die Warlords in ihrem Herrschaftsbereich ausländischen Hilfsorganisationen.

Ergebnis: Acht Millionen Menschen starben allein in den letzten zwei Jahrzehnten

**„Eine europäische Kuh ist rechnerisch reicher als der Durchschnittsafrikaner.“**

infolge von bewaffneten Konflikten. Mindestens elf Staaten südlich der Sahara sind derzeit in militärische Auseinandersetzungen verwickelt. 50 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule, 12 Millionen sind Aids-Waisen, oft ohne sozialen Halt. Niemand vermittelt ihnen Werte, denn die traditionellen Familienstrukturen zerfallen.

Die Afrikaner müssten mit der ihnen gegebenen Geduld „eigene Wege“ zur Lösung ihrer vielschichtigen Probleme finden, fordern Afrika-Kenner wie der schwedische Bestsellerautor Henning Mankell (siehe Seite 100).

Es komme darauf an, betont die frühere Kulturministerin Malis, Aminata Traoré, trügerischen Begriffen wie Entwicklung und Globalisierung „Prinzipien des Lebens und Wertvorstellungen entgegenzusetzen, die den Menschen in den Vordergrund

rücken: Demut gegen Arroganz, Respekt vor und Sorge für die anderen Menschen“.

Doch der Westen macht Druck. Er verlangt die vollständige Öffnung der afrikanischen Märkte, und er fordert „good governance“ – geordnete politische Verhältnisse als Rahmen für reibungslose Geschäfte. Handel geht vor Hilfe.

„Gut“ regierte, also stabile und berechenbare Staaten aber gedeihen normalerweise nur dort, wo sich Gemeinwesen aus Steuern und Abgaben finanzieren und die verschiedenen Interessengruppen konsenswillig sind. Die afrikanischen Eliten hingegen setzen überwiegend auf überschaubare Wirtschaftsbereiche, die wenig Einsatz erfordern und trotzdem Gewinne abwerfen – in aller Regel sind dies Bodenschätze.

Afrikas Anteil am Weltmarkt weist den Kontinent als schweren Pflegefall aus. Nur rund ein Prozent aller Güter werden südlich der Sahara hergestellt. Die ausländischen Investitionen betragen sogar weniger als ein Prozent des weltweit eingesetzten Kapitals.

Dafür haben die afrikanischen Staaten zurzeit insgesamt 217 Milliarden Dollar Auslandsschulden. Ein Großteil der Kredite, die inzwischen mit jährlich 14 Milliarden Dollar Zinsen zu Buche schlagen, stammt aus der Zeit des Kalten Krieges, als protzsüchtige Diktatoren Schulden ohne Ende machten. An Rückzahlung ist nicht zu denken.

Auf dem Uno-Entwicklungsindex 2003, der 175 Staaten nach Kriterien wie Lebenserwartung, Pro-Kopf-Einkommen und Alphabetisierung auflistet, belegen ausschließlich afrikanische Nationen die letzten 26 Plätze, alle noch hinter dem karibischen

Armenhaus Haiti. Die Schlusslichter heißen Burkina Faso, Niger und Sierra Leone.

Europa und die USA fördern ihren Bauernstand mit täglich einer Milliarde Dollar. „Eine europäische Kuh“, schreibt die „taz“, „ist rechnerisch reicher als der Durchschnittsafrikaner.“ Sie wird mit jährlich 800 Euro aus Brüssel subventioniert, während auf jeden Schwarzafrikaner 7 Euro EU-Hilfe entfallen.

Zudem verschwinden jedes Jahr Milliarden Dollar – mehr als die gesamte Entwicklungshilfe –, vorbei an der Steuer, vorbei an allen Bedürftigen, auf diskreten Schweizer Konten und in ähnlichen Schlupfwinkeln. Um 8,9 Milliarden möchte Washington seine Entwicklungshilfe in den nächsten drei Jahren aufstocken. Beschlossen ist aber nichts. Das diesjährige Hilfsbudget hat der Kongress schon gekürzt.

Ein anderer Bush-Plan läuft bereits: Die Regierung will im gleichen Zeitraum die Exportversicherungen für ihre heimische Agrarwirtschaft mit 7,7 Milliarden Dollar bezuschussen. Den amerikanischen Getreide- und Milchfarmern wurden 170 Milliarden Dollar versprochen, was die Einfuhr afrikanischer Lebensmittel weiterhin massiv erschweren wird.

Die werden ohnehin daheim gebraucht, denn alle drei Sekunden stirbt ein afrikanisches Kind. In vielen Bürgerkriegsgebieten lautet das Gesetz: Wer ein Gewehr hat, isst zuerst. Es scheint, als sei Afri-

kung fehlt, müssen schon Sechsjährige auf Plantagen schuften, bis zu 14 Stunden am Tag. Allein auf den Baumwollfeldern in Benin, dem früheren Dahomey, sind es 150 000 Kinder.

Malaria und andere Tropenkrankheiten wie Bilharziose oder das Dengue-Fieber müssen, gleichfalls aus Geldmangel, als Schicksal hingenommen werden. Und zu allem kommt Aids.

Statistiken sind Abstraktionen. Wenn sie auch nur einigermaßen stimmen, dann sterben jeden Tag 864 Kenianer an der Immunschwäche, dann liegt im Musterland Botswana, das Bush „so großzügig wie möglich“ unterstützen will, die Infektionsrate bei weltweit unübertroffenen 38,8 Prozent. Dann überleben 376 000 Aids-Kranke in Südafrika dieses Jahr nicht, fast ein Drittel mehr, als kürzlich noch vermutet worden ist.

Bis zum Jahr 2010 sterben in Simbabwe mit seinen derzeit 12,6 Millionen Einwohnern ungefähr eine Million Menschen an Aids. Schon heute leben dort 800 000 Aids-Waisen. In den zwölf am stärksten betroffenen Ländern wird 2010 bis zu einem Viertel aller Kinder ohne Eltern sein. 30 Millionen von weltweit 42 Millionen infizierten Menschen sind Afrikaner.

Verhandlungen mit US-Pharma-Konzernen über verbilligte Medikamente scheiterten. Die Amerikaner brachen Ende 2002 die Gespräche ab. Jetzt versprach Bush zwar 15 Milliarden Dollar zur Bekämpfung

hütung und ärztliche Betreuung. Die wenigen Angestellten im Gesundheitswesen sind überdurchschnittlich oft selbst mit dem Virus infiziert.

Die besten, die fruchtbaren, die leistungsstärksten Jahrgänge werden dahingerafft mit verheerenden Folgen für die Bevölkerungsstruktur. Und irgendwo ist immer unter Anteilnahme aller Freunde und Verwandten Beerdigung – Aids kostet auch viel Arbeitszeit. Die WHO schätzt den Wachstumsverlust im südlichen Afrika auf bis zu 35 Prozent.

Afrika braucht Hilfe, mehr denn je. Die Frage ist nur, welche und woher sie kommt.

Entwicklungshilfe, sagte der Wirtschaftshistoriker John Majewski von der University of California in Santa Barbara, „ist ein politischer Erfolg, aber ein ökonomischer und sozialer Misserfolg“. Vier Jahrzehnte lang, pflichtet James Shikwati vom Inter Region Economic Network in Nairobi bei, habe Afrika Hilfgelder „wie ein Opiat“ genommen und sich einullnen lassen: „Nun ist eine Psychotherapie dringend nötig.“

Der Kontinent muss sich vom Tropf emanzipieren, zumal die Infusionen immer spärlicher fließen. Er muss seine komplexen Probleme und Behinderungen diagnostizieren und die Heilung selbst in Angriff nehmen. Dazu braucht Afrika ein Fundament, einen gemeinsamen politischen Willen, Organisationen, die ihn diskutieren, bündeln, durchsetzen.



**Uno-Kommando in Bunia (Kongo), Massaker an ostkongolesischen Lendu: Kein Völkerrecht, kein Bürgerrecht gilt verlässlich**

ka, das gut ein Fünftel der globalen Landmasse einnimmt, trotz seiner Fruchtbarkeit und seiner Ressourcen ein Elendsghetto ohne Ausweg.

Kriegs- und Hungerflüchtlinge streifen heimatlos umher, viele schon seit Jahren: Ereitreer im Sudan, Liberianer in Sierra Leone, Zentralafrikaner im Tschad, immer noch 60 000 Ruander, neun Jahre nach dem Völkermord, in diversen Ländern.

Weil staatliche Fürsorge quasi unbekannt ist und Geld für Erziehung und Bil-

der Epidemie, aber jegliche Details sind offen. Daheim steht er unter Druck der Pharma-Lobby, die, ähnlich wie die Gen-Food-Industrie, mit ihren Patenten Geld verdienen will und deshalb keine in Brasilien oder Indien produzierten Billigmedikamente akzeptiert.

Der ganze Katalog afrikanischer Probleme ist mit Aids verknüpft, das weiß auch Bush. Basiskennntnisse über das Ansteckungsrisiko sind eine Bildungsfrage, und Bildung kostet Geld. Genauso wie Ver-

Jüngster Ansatz ist ein 2002 verabschiedetes Programm, das nicht bettelt, sondern Läuterung verspricht und Vertrauen schaffen soll bei Investoren und Handelspartnern: die „Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas“ (Nepad). Sie will die Armut auf dem Kontinent überwinden und nachhaltiges Wachstum fördern.

Initiator ist der Präsident des wirtschaftlich stärksten Staates: der Südafrikaner Thabo Mbeki. Nelson Mandelas Nachfolger, der gern Begriffe aus der europäischen

# „Wartesaal des Todes“

Bestsellerautor Henning Mankell über seine Liebe zu Afrika, die Notwendigkeit westlicher Hilfe und den Stolz der ärmsten Menschen dieser Erde

Bildungstradition verwendet wie zum Beispiel Renaissance, gewann seine Amtskollegen aus Nigeria, Senegal, Algerien und Ägypten für seinen Plan, der schließlich von der Staatengemeinschaft akzeptiert wurde.

Statt mehr Entwicklungshilfe zu fordern, betont Nepad die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten. Sie selbst seien für ihre gegenwärtige Misere hauptverantwortlich; und es liege an ihnen, Afrika in eine bessere Zukunft zu führen.

Das sind neue Töne. Außerdem ließ Nepad das unter Afrikas Staaten bislang eiserne verteidigte Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung fallen und beschloss neben wirtschaftlichen Zielen einen politischen Prozess gegenseitiger Kontrolle. Unabhängige Experten sollen die einzelnen Länder beurteilen.

Beim Afrika-Wirtschaftsforum im Juni im südafrikanischen Durban geschah das tatsächlich. Ein Jahr nach Verkündung der Nepad-Prinzipien wurden Botswana, Tunesien, Gambia und Südafrika für „gute Regierungsführung“ gelobt. Das Quartett führte eine Rangliste von 21 Staaten an; am Ende standen Nigeria und Tschad, Simbabwe blieb ausgeklammert.

Nepad hat jedoch auch Kritiker. Das Bündnis berücksichtige Wünsche und Bedürfnisse afrikanischer Bürger nur in sehr geringem Maße, sagen Gewerkschaften und Kirchen. Nepad wolle in erster Linie Wachstum – und setze dasselbe Ziel, das seit jeher mit Entwicklungshilfe verknüpft werde und Afrika nicht geholfen habe.

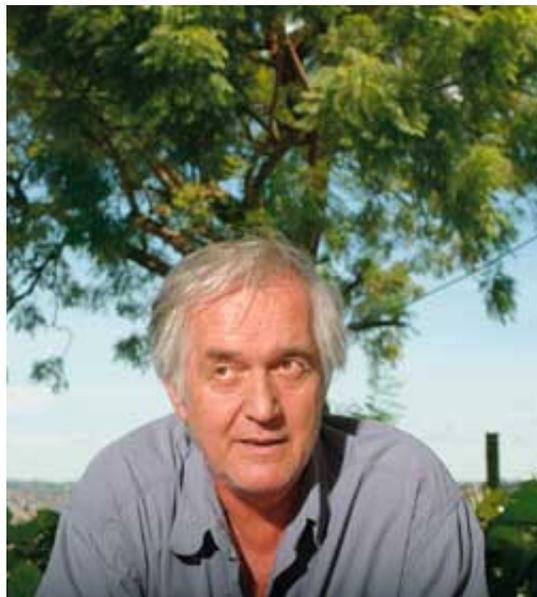
Vor allem die vergangenen Jahr gegründete Afrikanische Union (AU) erwachte in der Woche der Bush-Visite zu überraschender Regsamkeit. In der mosambikanischen Hauptstadt Maputo beschloss die Gemeinschaft, erkennbar aufgewertet durch die Anwesenheit des Ghanaers Kofi Annan, sich Gremien und Institutionen nach dem Vorbild von EU und Uno zuzulegen – ein panafrikanisches Parlament und einen Friedens- und Sicherheitsrat.

„Sie werden mich für bescheuert halten“, kommentierte der irische Popstar und Afrika-Aktivist Bob Geldof die Woche des Schwarzen Kontinents, „aber die Bush-Verwaltung ist im positiven Sinne die radikalste in Sachen Afrika seit Kennedy.“

Wesentlich distanzierter auf den womöglich kurzlebigen Hype reagierte die Symbolfigur Nelson Mandela. Bush, der gerade noch den Irak überfallen habe, bleibe „eine Gefahr für den Weltfrieden“, erklärte der 84-jährige Friedensnobelpreisträger aus Südafrika und war für den Gast aus Washington nicht zu sprechen.

Mandela hat nicht vergessen, dass Bushs Vize Richard Cheney einst als Abgeordneter des Repräsentantenhauses gegen eine Resolution stimmte, die seine Freilassung aus dem Zuchthaus forderte.

RÜDIGER FALKSOHN,  
HANS HIELSCHER, THILO THIELKE



## Henning Mankell

lebt seit Jahren abwechselnd in Schweden und in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo, wo er das Teatro Avenida leitet. Zu Ruhm kam der Regisseur mit seinen allein in Deutschland mehr als vier Millionen Mal verkauften und zum Teil verfilmten Krimis um den spröden Kommissar Kurt Wallander. Mankell, 55, befasst sich mit Themen wie Armut, Globalisierung und berührt in seinen Büchern auch häufig moralisch-juristische Probleme. Einige Werke haben Bezug zu Afrika, insbesondere der Roman „Der Chronist der Winde“, in dem er einem Straßengänger ein literarisches Denkmal setzt.

**SPIEGEL:** Herr Mankell, Sie leben seit 15 Jahren abwechselnd in Schweden und in Mosambik. Was fasziniert Sie so an Afrika?

**Mankell:** Ich wuchs als Kind in einem Dorf im Norden Schwedens auf, da gab es einen kleinen Fluss, und in meinen Träumen wandelte er sich in den Kongo. Ich träumte davon, das Ende der Welt zu finden. Afrika war das Exotischste, was ich mir vorstellen konnte. Damals war ich 6 oder 7 Jahre alt. Mit 23 hatte ich genug Geld zusammen und landete in Guinea-Bissau, das war im November 1972. Mir wurde klar, dass das Ende der Welt zwar nicht existiert, aber dafür Afrika. Es war das Ende meiner Kindheit, meiner Jugend – ich war erwachsen.

Das Gespräch führten die Redakteure Rüdiger Falksohn und Thilo Thielke in Kampala (Uganda).

**SPIEGEL:** Als Sie 1987 zum ersten Mal nach Mosambik kamen, tobte dort der Bürgerkrieg ...

**Mankell:** ... und das Flugzeug landete im Sturzflug. Neben mir saß ein Afrikaner, der wurde blass wie ich. Erbleichen hat nichts mit der Hautfarbe zu tun, es geschieht von innen, aus Furcht. Mir zeigte das: Wir gehören zur gleichen Familie. Wir mögen verschiedene Hautfarben haben, aber wir fürchten und lieben die gleichen Dinge. Vielleicht ist sogar die wichtigste Erkenntnis, die Afrika betrifft, dass die Wiege der Menschheit im Rift Valley stand und wir alle möglicherweise von derselben Frau abstammen. Unsere Urmutter war schwarz, daran sollten wir immer denken.

**SPIEGEL:** Wie lebte es sich in einem Bürgerkriegsland?

**Mankell:** Es war für mich eine schreckliche Erfahrung, mit welcher Leichtigkeit Nachbarn einander umbringen. Anfang der neunziger Jahre begannen die Balkankriege, und sie bestätigten, dass solche Brutalität natürlich kein afrikanisches Phänomen ist.

**SPIEGEL:** Aber es ist ausgerechnet Afrika, das ständig am Rand der Katastrophe navigiert, politisch wie humanitär. Ausgerechnet in Afrika scheint das Metzeln und Morden und Hungern nie aufzuhören.

**Mankell:** Ich halte es für einen schrecklichen Fehler, immer von

einem Afrika zu sprechen. Dieses Denken stammt aus der Kolonialzeit, als alles Afrikanische herabgesetzt und vereinfacht wurde. Afrika besteht aus vielen kleinen Afrikas.

**SPIEGEL:** Die klassischen Geißeln der Dritten Welt wie Bürgerkriege, Aids und Hunger finden sich leider auf dem gesamten Kontinent – in Liberia genauso wie im Sudan oder in Burundi. Sind in erster Linie die korrupten Eliten dafür verantwortlich, dass die Zustände sich nicht bessern?

**Mankell:** Durchaus, aber die politischen Strukturen sind auch eine Folge der Armut, und diese Armut haben wir erzeugt, während der Kolonialzeit. Heute bestimmen Weltbank und Weltwährungsfonds die Regeln für Afrika, und das blockiert die Entwicklung, anstatt zu helfen.